

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/49. Jahrgang

Oktober 2018

Schutzgebühr: 0,40 €

Wohnungsnot hat System

3000 Wohnungen fehlen in Gießen mindestens; 1200 Wohnungssuchende sind offiziell gemeldet, darunter 1000 mit der Berechtigung für eine Sozialwohnung.

Was tut der Magistrat der Stadt?

Er verwaltet die Wohnungsnot und lässt den Spekulanten freie Hand.

Der Antrag der Fraktion Gießener Linke, Leerstand von Wohnraum zu verbieten und gegebenenfalls zu ahnden,

wurde abgelehnt: „da es sich immerhin um Privateigentum handele“, so die SPD und fürchtete gar Zugriff auf Einliegerwohnungen.

Das Grundgesetz (s. Kasten unten) ist ihnen anscheinend weniger geläufig als den Stadträten vieler Städte, in denen eine solche Verordnung erfolgreich angewendet wird (u. a. in Berlin, Stuttgart, Hamburg,

Köln, Dortmund, Freiburg, Heidelberg, Konstanz...).

Der Antrag der Fraktion Gießener Linke, die Stadt möge darauf hinwirken, dass die Wohnbau keine Mieterhöhung vornimmt, wenn die Preisbindung von Wohnungen abläuft, wurde ebenfalls abgelehnt. Die Mieten seien doch sooo niedrig und außerdem seien Mieterhöhungen laut § 558 Bürgerliches Gesetzbuch in bestimmtem



Inhalt:

Landtagswahl/Macht des Volkes?	S.2
Straßenbeiträge/Rentenraubgeht weiter	S.3
Uni-Klinik: Nur der Profit stimmt	S.4
Tricky-Gerda/Klinikstreik/Hambach	S.5
Interview mit Kandidat F. Arman/UZ-Fest	S.6
Maaßen - Der rechte Mann	S.7
Termine/Mehr Tote durch rechte Gewalt	S.8

Rahmen zulässig. Ja: zulässig, aber doch nicht vorgeschrieben! Das ist die gleiche „Logik“, mit der die Wohnbau staatliche Zuschüsse kassiert, um die Mietpreisbindung zu verlängern, d.h. um die Miete nicht zu erhöhen.

Auch der Antrag der Fraktion Gießener Linke, die Stadt möge wenigstens bei größeren privaten Bauvorhaben auf einer mindestens 30%igen Sozialquote bestehen (was durchaus möglich und in anderen Städten Praxis ist), wurde abgelehnt.

Gerne verweist der Magistrat auf das 2016 beschlossene „Wohn-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Art. 14 (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.



Auch in Gießen wurde gegen den Besuch des türkischen Präsidenten Erdogan demonstriert. Die Proteste richteten sich gegen seine diktatorische, frauenfeindliche und antidemokratische Politik. Kritisiert wurde ebenfalls die deutsche Bundesregierung. Mit Waffenlieferungen ist die BRD direkt an den Angriffen der türkischen Armee auf ihre Nachbarländer beteiligt. Durch die wirtschaftliche Unterstützung Deutschlands kann Erdogan sein autoritäres Regime ausbauen. Der Protest geht weiter. R. Grabowski

Für Frieden und Sozialismus!



Landtagswahl in Hessen – wo ist die soziale Frage?

Betrachtet man die Landtagswahlprogramme der Linkspartei und der AfD, so fällt ein Punkt besonders auf.

Die soziale Frage spielt bei der AfD kaum eine Rolle, während sie sich bei der Linkspartei wie ein roter Faden durch das Programm zieht. So steht bei den Linken am Anfang unter der Überschrift „Gute Arbeit in einem sozialen Hessen“: „(...) setzt sich für ein Land ein, in dem alle Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial abgesichert in Würde leben können. Dafür müssen Armut und prekäre Beschäftigungsverhältnisse bekämpft und soziale Sicherheit ausgebaut werden.“ Dabei stützt sich die Partei auf „die sozialistisch geprägte Wirtschafts- und Sozialverfassung“ der hessischen

Landesverfassung und fordert: „Die sozialen und demokratischen Leitgedanken der Verfassung müssen Realität in Hessen werden. Nicht die Verfassung muss an die Realität angepasst werden, sondern das politische

Handeln muss der Leitidee der Verfassung folgen.“ Der Leitgedanke ist die sozialdemokratische Vorstellung vom „solidarischen Wirtschaften“ und „Chancengleichheit“.

Bei der AfD geht es um etwas ganz anderes. So steht am Anfang des Landtagswahlprogramms: „Nie war die

von den sogenannten Altparteien abzusetzen, behauptet die AfD, sie sei aus einer Bürgerbewegung entstanden und nur sie könnte die „unvollendete“ BRD-Demokratie über das Mittel des Volksentscheids vollenden. Zur Sozialpolitik findet sich im Grunde nur ein Satz: „Vollbeschäftigung ist die beste Sozialpolitik.“ Die AfD interessiert an der hessischen Verfassung nur der Volksentscheid nach Artikel 116. Wollen sie doch das „gesunde Volksempfinden“ gegen die sogenannten Systemparteien ausspielen. Der Hauptpunkt ist für die Partei „Innere Sicherheit“ und „Der Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft (...)“. Der Leitgedanke der AfD ist die Verbindung reaktionär-konservativer-völkischer Positionen

mit der liberalen Vorstellung, dass der Markt alles regelt und die Träger dieses Marktes sind die kleinen und mittleren Unternehmen.

Henning Mächerle



Differenz zwischen gesetztem Recht und der Rechtswirklichkeit in Deutschland so groß wie zur Zeit, (...). Dies ist einer der Gründe, warum die AfD im Jahr 2013 als Bürgerbewegung und Partei gegründet wurde...“ Um sich

Alle Macht geht vom Volk aus

So steht es im Artikel 20 des Grundgesetzes. Die „Macht“ ist jedoch nicht auf Seiten des Volkes, sondern auf Seiten derer, die die Banken und Konzerne besitzen und die die Politik bestimmen. Das geschieht mit Hilfe der Parteien, die alle paar Jahre gewählt werden dürfen: im Bund, im Land, in der Stadt. Das nennt sich Demokratie, ist aber das Gegenteil dessen, was in Artikel 20 bestimmt wurde. Marx nennt das „Diktatur der Bourgeoisie“ – in Form einer bürgerlichen Demokratie.

Das „Volk“ verarmt, während die Profite sprudeln. Millionen haben nicht genug zu essen (Hartz IV bedeutet Unterernährung), während keine Vermögens- oder Börsenumsatzsteuern erhoben werden. Allen Klima-, Bildungs-, Gesundheits- und sonstigen Notständen zum Trotz werden Milliarden für Kriege ausgegeben.

Es sind aber nicht (nur) unfähige, unsoziale, korrupte und gierige Politiker dafür verantwortlich. Es sind die Logik und die Gesetzmäßigkeiten des

Kapitalismus, die das Geschehen bestimmt.

In der „Marktwirtschaft“ wird alles zur Ware; es muss billigst produziert werden, um maximale Profit zu machen und die Konkurrenz auszusteichen. Das gilt auf nationaler wie auf internationaler Ebene – und führt zu Kriegen zur „Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten“.

40% der Bevölkerung geht es heute schlechter als vor 20 Jahren. 38% der Erwerbstätigen gehören ganz oder beinahe zum „Prekariat“. Das Volk fühlt sich (zu Recht!) betrogen von diesen Parteien, die ihnen die Butter vom Brot nehmen, während andere prassen.

Da es den Herrschenden gelungen ist, diesen faulenden Kapitalismus als „alternativlos“ darzustellen, richtet sich die Wut vieler Menschen gegen Merkel und Co. anstatt gegen dieses System. - Gewinner ist die AfD, die die Ängste der Menschen für ihren Nationalismus missbraucht, soziale Demagogie betreibt und mit beiden

„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn: 10% sicher, und man kann es überall anwenden; 20% es wird lebhaft; 50% positiv waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300%, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“ (Marx, „Das Kapital“, Bd. 1, S. 788)

Beinen fest auf dem Boden des Kapitalismus steht.

Wenn die Macht wirklich vom Volk ausgehen soll, dann muss das Volk entscheiden, was mit den Profiten der Konzerne und Banken geschehen soll, dann muss die Macht der Profiteure gebrochen und in die Hände des Volkes gelegt werden – wie es Artikel 20 vorschreibt. Marx nennt das „Diktatur der Arbeiterklasse“. Oder wie Rosa Luxemburg es ausdrückte: Sozialismus oder /statt Barbarei! Erika Beltz



Straßenausbaubeiträge: OB drückt sich vor klarer Aussage

Als im Februar die Fraktion Gießener Linke die Aufhebung der Straßenausbaubeiträge forderte, gingen die Fraktionsvorsitzenden der Magistratsparteien auf die Barrikaden: Nübel (SPD) sah die Großgrundbesitzer von den Linken geschützt, Grothe (Grüne) drohte mit Erhöhung der Grundsteuer B und Möller (CDU) hielt „alles andere für Kommunismus“.

Nachdem nun immer mehr Menschen sich gegen diese unsoziale Gebühr (bis zu zigtausend Euro) wehrten und deren Abschaffung in 20 hessischen Orten durchsetzen konnten (u. a. Wetztenberg, Linden, Mörfelden, Bad Nauheim...) soll dies auch in Gießen geschehen, falls die Landesregierung für die Finanzierung aufkommt.

Das versprach OB Grabe-Bolz in ihrer Haushaltsrede. Der Aufschrei vom Februar scheint vergessen und Land-

tagswahlen stehen an... Vor einem deutlichen "Nein" hat sie sich wieder gedrückt.

Grundsätzlich ist es in Ordnung, wenn das Land die Gelder dafür bereitstellt. Es entspricht der Hessischen Verfassung, die dies auch vorsieht.

Solange jedoch die Haupteinnahmen der Öffentlichen Hand zum allergrößten Teil von den abhängig Beschäftigten in Form von Lohn- und Mehrwertsteuer aufgebracht werden, bezahlen letztlich wir selbst dafür. Eine Vermögenssteuer wird nicht erhoben, der Spitzensteuersatz bleibt moderat – die Reichen werden reicher und die Armen mehr.

Nichtsdestotrotz ist dies ein Erfolg. Die Petition gegen Straßenbeiträge in Hessen kann unterzeichnet werden: www.strassenbeitragsfrei.de/petition



Die Groko beschließt: Der Rentenraub geht weiter

Die CDU/CSU/SPD-Koalition beschloss: Bis 2025 soll das Rentenniveau nicht unter den heutigen Stand (48% vom letzten Lohn) absinken.

Mitte der 90er Jahre betrug die Rente noch 70% des Bruttolohnes. Beständiger Klassenkampf von oben und Schröders Agenda 2010 haben es auf den heutigen Stand gesenkt. Dafür, dass die Herrschenden diesen Raub nicht noch verstärken, sondern nur fortsetzen, wollen sie noch gelobt werden. Wo ist das Geld geblieben, das den Rentnern jahrzehntelang aus der Tasche gezogen wurde? Es ist – wie anderes auch – dort gelandet, wo

der Reichtum der Besitzenden wächst. Dieser Skandal ist nirgendwo ein Thema. Auch die Grünen schließen sich der Groko an und fordern: „Das Rentenniveau sollte nicht weiter fallen“. Die AfD will die gesetzliche Rente ganz abschaffen. Selbst die Linkspartei gibt sich mit der Forderung, das Rentenniveau auf 54% anzuheben, zufrieden. - Damit ist die Altersarmut programmiert, denn nicht nur diese 48% sind viel zu wenig. Auch die Löhne, nach denen berechnet wird, sind in den vergangenen Jahrzehnten gesunken, die BRD hat den größten Niedriglohnssektor der EU. Erika Beltz

(Fortsetzung von Seite 1)

Wohnungsnot ist System

raumversorgungskonzept“, das bis 2030 den Bau von 1000 bis 1500 Sozialwohnungen vorsieht – auf dem Papier. 2017 entstand keine Sozialwohnung und 2018 sollen es gerade mal 58 sein.

Fazit: Die Stadt verwaltet den Wohnraummangel statt ihn zu beseitigen und tut dies, ob gewollt oder ungewollt, im Interesse der Spekulanten, die mit steigenden Mieten ihre steigenden Gewinne sichern. M. Beltz



Privatisierte Uni-Klinik: nur der Profit stimmt

Ionentherapie vor dem Aus?



Uniklinik als Musterbetrieb?

Die Geschäftsführung des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) hat die Absicht verkündet, bester „Arbeitgeber“ der Region zu werden. Den Begriff „Arbeitgeber“ verwenden wir im Gießener Echo nicht; er verschleiert das Verhältnis von denen, die arbeiten, zu denen, die sich das Ergebnis der Arbeit aneignen. Wir nennen das UKGM z.B. „Dienstherr“. Die Absicht dieses Dienstherrn, der beste in der Region zu werden, kann man nur als lächerlich bezeichnen. Die Geschäftsführung mag ja einiges für ihre Beschäftigten tun – das ändert aber nichts daran, dass sie von vielen eine ständige Überlastung fordert. Das macht krank, verdirbt die Freude an der Arbeit, veranlasst viele dazu, ihren Beruf aufzugeben oder in Teilzeit zu flüchten. Die verkündete Absicht ist auch absurd angesichts des Vorstandsvorsitzenden der Rhön AG, S. Holzinger, der immer wieder damit prahlt, die Rhön-Kliniken (deren größte das UKGM ist) „auf Trab“ zu bringen, um die Profite der AG zu erhöhen – und damit die Dividenden und seine Boni. Ein guter Dienstherr könnte das Klinikum nur werden, wenn es auf die Profitorientierung verzichtet – das kann man von einer Aktiengesellschaft aber nicht erwarten. Dazu müsste der Betrieb vergesellschaftet werden. G.L.

Das Trauerspiel um das Ionen-Therapie-Zentrum an der Uniklinik Gießen/Marburg geht weiter. Mit dem Versprechen, so ein Zentrum zu bauen und zu betreiben, hat die Rhön AG bei der Privatisierung des Klinikums gegen andere Interessenten gewonnen, vom damaligen Ministerpräsidenten Koch war ein „Leuchtturm der Medizin“ angekündigt worden. Nach Fertigstellung stellte die Rhön AG fest, dass so eine Anlage nicht profitabel betrieben werden kann und gab es an den Hersteller, die Siemens AG, zurück. Als das Land Hessen mit einer Vertragsstrafe drohte, wurde doch noch ein Betreibermodell mit Beteiligung des Uniklinikums Heidelberg gefunden.

Nach etwa drei Jahren Betriebszeit mit einigen hundert Patienten hat das Zentrum jetzt Insolvenz angemeldet. In dieser Anlage wird eine Strahlung aus energiereichen Atomkernen erzeugt. In den bestrahlten Tumoren wird die Energie der Strahlung millimetergenau in vorherberechneten Bereichen abgegeben und damit Tumorzellen vernichtet. Dieses Verfahren eignet sich besonders für tief ge-

legene Tumoren und für Tumore mit empfindlicher Umgebung, z.B. im Kopf oder im Rückenmark. Aus den Begründungen für die Insolvenz kann man erkennen, dass an das Zentrum zu wenige Patienten überwiesen wurden. Die Anlage steht in Konkurrenz zu herkömmlichen Krebstherapien. Kliniken geben Krebspatienten ungern ab. Eine Krebsdiagnose ist für den Betroffenen eine Katastrophe, für die Klinik eine Geldquelle. Die Fallpauschalen sind hoch und werden unabhängig vom Erfolg bezahlt. Es sieht also so aus, dass längst nicht alle Patienten, für die die neuartige Bestrahlung optimal wäre, auch nach Marburg überwiesen wurden.

Der Einzugsbereich ist sehr groß, in Deutschland gibt es nur vier solche Anlagen. Jede davon müsste eigentlich voll ausgelastet sein. Dagegen steht die Profitorientierung der Krankenhäuser – sie verhindert, dass Patienten die für sie beste Therapie erhalten. Viele verlieren Lebensjahre und Lebensqualität. Ein Grund mehr, das gesamte Gesundheitswesen wieder in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Gernot Linhart



Schlaganfall-Patienten nach Hause geschickt

Aus der Marburger Notaufnahme werden einige unglaubliche Fälle gemeldet: Einige Patienten, die selber merkten, dass sie einen Schlaganfall hatten (über die Symptome kann man sich gut informieren), wurden nach mehrstündiger Wartezeit und oberflächlicher Untersuchung mit ein paar Schmerztabletten wieder nach Hause geschickt. Die eigentlich sofort notwendige Behandlung erfolgte erst nach Tagen, nach wiederholter Vorstellung oder Intervention des Hausarztes. Die Klinikleitung behauptet, die Betroffenen hätten dadurch keinen Schaden erlitten. Das ist offensichtlich Unsinn. Je mehr Zeit zwischen Anfall und Behandlung vergeht, desto größer sind bleibende Hirnschäden. Alle Betroffenen klagten über Schmerzen und Ausfallerscheinungen, ein über 80-jähriger Patient ist kurz danach verstorben. Der Grund für den Skandal ist klar: Notaufnahmen sind nicht profitabel, deswegen wird dort viel zu wenig qualifiziertes Personal eingesetzt. Die Dividenden der Aktionäre bezahlen die Patienten mit ihrer Gesundheit oder sogar mit dem Leben.

Von „Kettensägen-Gerda“ zu „Tricky-Gerda“

Alt-Bürgermeisterin G. Weigel-Greilich ist bekannt für ihre Rechenkunststücke, die selbst für eine 5. Schulklasse suboptimal wären.

Bundesweit bekannt wurde unter ihrer Verantwortung die Verwechslung von Brutto und Netto bei den Rechenkosten zum Durchstich in die Bootshausstraße. Nun hat sie als Verantwortliche nach sage und schreibe 4 Jahren eine Bilanz der Landesgartenschau 2014 dem Parlament vorgelegt. Nach wiederholtem Drängen der „Gießener Linke“. In den 4 Jahren dazwischen schwadronierte sie in der Hessenschau schon mal von „lediglich“ 1 Millionen Kosten. Jetzt sind die Kosten plötzlich auf das Doppelte gestiegen.

Wenn man die „internen Kosten“ und die Folgekosten realistisch zusammen zählt, was Michael Janitzki im Parlament getan hat, kommt man auf mindestens 3 Millionen. Wofür diese grüne Politikerin von SPD und CDU zur Dezernentin gekürt wurde ist offensichtlich:

Sie verschleiern am besten die Kosten, die auf die Steuerzahler zukommen.
M. Berger



Wir erinnern: am 11. Oktober 2018 ist es 6 Jahre her, dass im Rathaus 5100 Unterschriften des Bürgerbegehrens "Rettet den Schwanenteich" von der BI "Stoppt diese Landesgartenschau" abgegeben wurden.

Unikliniken in NRW: Erfolgreiche Streiks

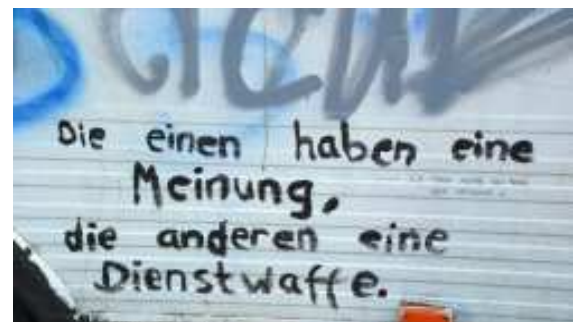
Mehr als 6 Wochen haben die Belegschaften der Unikliniken Essen und Düsseldorf für mehr Personal gestreikt. Sie schafften es, den Streik so zu organisieren, dass nicht die Patienten darunter litten, sondern die Betreiber finanzielle Einbußen in Kauf nehmen mussten. Abteilungen mussten geschlossen und Operationen verschoben werden. Anfangs wollten die Klinikleitungen nicht mal verhandeln, dann boten sie lediglich Betriebsvereinbarungen an, schließlich mussten sie doch einen rechtskräftigen, einklagbaren Vertrag mit der Gewerkschaft ver.di abschließen. In jeder der Kliniken gibt es 180 neue Stellen, 140 davon im Pflegebereich. Bei der Verteilung der Arbeitsplätze bestimmen die Beschäftigten mit, bei Unterbesetzung müssen Betten oder ganze Abteilungen unbelegt bleiben. Gleichzeitig mit diesem Abschluss endete eine Urabstimmung über einen Streik mit gleichem Ziel an der Uniklinik des Saarlandes in Homburg, fast 98% stimmten zu. Der Streikplan sah vor, dass 40% der Stationen nicht belegt werden können. Die Betriebsführung knickte schon vor Streikbeginn ein und bot einen Vertrag an, der dem in NRW gleicht. Ein toller Erfolg in Zeiten, in denen Arbeitskämpfe oft nur magere Ergebnisse erzielen. Ein Hinweis an alle Belegschaften: Nicht klagen, sondern kämpfen! G.L.

Hambach Forest

Zwischen Aachen und Köln gibt es kein Schild
Das anzeigt, du betrittst Europas größte Braunkohle-Mine
Aber wenn du von der Autobahn kommst, gehe über den Waldboden
Du wirst auf eine Mondlandschaft stoßen, wo es keine Bäume mehr gibt
Es gab Harthölzer meilenweit herum
Für eintausend Jahre war es gemeinschaftlich
Aber was einst der Bürgerwald war, ist jetzt ein massives Loch
Mit riesigen Baggern, die die Kohle ausgraben...

David Rovics Im Hambacher Forst (Foto: Udo Slawiczek / r-mediabase.eu)

Trotz aller negativen Prognosen für unser Klima will RWE den Hambacher Forst roden, um Braunkohle abzubauen und damit umweltschädlich Strom erzeugen. Der Staat tritt hier als williger Helfer auf, die Polizei geht rigoros gegen die Demonstranten vor, reißt ein Baumhaus nach dem anderen ab. Für ihren Profit gehen die Kapitalisten buchstäblich über Leichen, wie der Tod des abgestürzten Journalisten zeigt. Die DKP steht solidarisch an der Seite aller, die für Klimaschutz und Umweltverbesserung kämpfen.



Eine Stimme für die Nicht-Privilegierten

Interview mit Francesco Arman, Direktkandidat der Linkspartei im Wahlkreis Gießen Stadt

Michael Beltz: Warum trittst Du bei dieser Wahl an?

Francesco Arman: Mir ist es wichtig, den Menschen in unserem Land eine Stimme zu geben, die nicht zu den Privilegierten zählen. Hessen ist ein sehr reiches Bundesland, dennoch gibt es hier viel bittere Armut und viele können oder dürfen an dem Reichtum nicht teilhaben.

Dies muss sich ändern und das erwirtschaftete Geld muss wieder in die Gemeinschaft zurückfließen.

Die derzeitige Regierung interessiert sich nur für die Kapitalinteressen der Firmen und Reichen.

M.B.: Welche Probleme in der Bildungspolitik in Hessen sollte die neue Landesregierung vor allem angehen?

F.A.: Es kann nicht sein, dass wir in einem Land leben, wo eine gute Bildung allein davon abhängt, wie reich oder gebildet die Eltern sind. Die Bildungspolitik muss so umgestaltet werden, dass es egal ist, ob die Eltern reich oder arm sind, einen hohen oder keinen hohen Bildungsstand haben. Wichtig ist es, dass die Kinder unter den gleichen Bedingungen lernen können. Das geht nur mit mehr qualifizier-

tem Personal. Hessen braucht auch mehr Ganztagschulen und keine Moge-packung wie der „Pakt für den Nachmittag“.

Des Weiteren fängt für mich die Bildung schon im U-3-Bereich an. Es wäre fatal zu glauben, dass erst ab dem Schulalter der junge Mensch



Francesco Arman (links), 1978 in Berlin Neukölln geboren, 40 Jahre alt, Erzieher, verheiratet, ein Kind, Deutscher Sinto - im Gespräch mit Michael Beltz

gebildet wird. Deswegen müssen wir schon die Kitas ausreichend ausstatten und den ganzen Berufsstand aufwerten, damit dort schon das Ungleichgewicht, das es in unserer Gesellschaft gibt, ausgeglichen werden kann.

M.B.: Was schlägst Du vor, um Wohnungsknappheit und steigende Mieten zu bekämpfen?

F.A.: Mir ist es wichtig, dass die Kommunen ihrem Auftrag nachkommen und Wohnraum schaffen. Gerade Menschen, die auf Transferleistungen wie Hartz IV oder Grundsicherung angewiesen sind, finden keine Wohnungen in den Ballungsgebieten mehr und müssen aufs Land ausweichen.

Das meiste Bauland, das neu ausgewiesen wird, geht an Investoren, die nur Eigentumswohnungen oder Mietwohnungen mit so hoher Miete bauen, die sich nur Menschen mit hohen Einkommen leisten können.

Dadurch bedingt entsteht auch ein gewisses Ranking unter den Städten, wer die meisten Gutverdiener bei sich beheimatet; gewisse Landkreise und Kommunen verlieren an Attraktivität, weil nicht genug Einnah-

men erwirtschaftet werden. Hier sehe ich wieder das Land Hessen in der Verantwortung, dass das finanzielle Ungleichgewicht durch das Land Hessen aufgefangen wird, dass die Kommunen mehr Geld bekommen vom Land, um in den sozialen Wohnungsbau zu investieren und nicht davon abhängig sind, nur Gutverdiener zu beheimaten.

Über 40.000 Besucher beim UZ-Pressesfest

Vom 7. bis 9. September fand im Dortmunder Revierpark Wischlingen das 20. UZ-Pressesfest statt. „Es ist das größte Fest der Linken in Deutschland“, so Lars Mörking, Chefredakteur der Zeitung der DKP „Unsere Zeit“. Ein großer Erfolg für unsere kleine Partei!

Die gute Stimmung war überall zu spüren. Großes Interesse gab es an Informationen und Debatten vor allem zur Friedenspolitik, gegen die umfassende Rechtsentwicklung, zu gewerkschaftlichen Kämpfen und sozialen Fragen wie bezahlbarem Wohnraum.

26.572 Unterschriften für „Abrüsten statt Auf-

rüsten“ konnten übergeben werden, inzwischen sind es mehr als 32.000, die von der DKP gesammelt wurden. Und wir machen weiter. Wir wollen die Bevölkerung über die Kriegsursachen und -verursacher aufklären und mehr Menschen für Frieden und gegen die

massive Kriegshetze des Westens in Bewegung bringen.

Es war auch ein Fest der Solidarität. Mehr als 35 internationale Gäste konnten beim Antikriegsmeeting auf der Hauptbühne begrüßt werden. Über 70 Organisationen beteiligten sich mit

Infoständen und boten leckere kulinarische Spezialitäten an. Diese Vielfalt trug wesentlich zum bunten Charakter des Festes bei.

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, fasste zusammen: „Ich finde, wir können stolz sein und bleibe dabei: Das riecht nach Aufbruch.“ R.G.



Schreibtischtäter... Der rechte Mann

"Nach seinen verharmlosenden Äußerungen zu den rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz erschien Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen selbst der Bundeskanzlerin als Chef des Inlandsgeheimdienstes nicht mehr tragbar. Um des Friedens in der Großen Koalition willen stimmte die SPD zuerst einer Versetzung Maaßens als Staatssekretär ins Bundesinnenministerium zu. Nach einem empörten Aufschrei in der Öffentlichkeit wurde nochmal nachverhandelt. Maaßen bekommt nun die neue Stelle eines Sonderberaters im Innenministerium. Sein Zuständigkeitsbereich umfasst „europäische und internationale Aufgaben“. Als rechte Hand von Horst Seehofer ist Maaßen so auch für die brisanten Themen Migration und Flüchtlinge zuständig. Maaßens vermeintliche „Fehlritte“ zeichnen als Ganzes gesehen das Bild eines Überzeugungstäters, der seit Jahrzehnten seine rechte Agenda verfolgt. Schon in seiner Dissertation schwadronierte Maaßen im AfD-Jargon von „Asyltourismus“ und wies

auf „unausgeschöpfte Spielräume“ für eine restriktive Asylpolitik hin. Als Referatsleiter für Außenpolitik ließ Maaßen 2002 den vom CIA verschleppten Bremer Murat Kurnaz weitere vier Jahre im US-Folterlager Guantanamo leiden, indem er dessen Aufenthalts-

Amri gehabt. Ein besonderes Nahverhältnis scheint zwischen CDU-Mitglied Maaßen und der AfD zu bestehen. So beriet er laut einer Aussteigerin die damalige Parteivorsitzende Frauke Petry, wie die Partei einer Verfassungsschutzüberwachung entgegen könne.

Die Causa Maaßen offenbart die Existenz demokratiegefährdender Seilschaften in Teilen der Unionsparteien und des Staatsapparates. Strategisch wird dort auf österreichische Verhältnisse, auf die Bildung einer Rechtsregierung hingearbeitet. Vorerst offen ist, ob dies nur durch Übernahme von AfD-Positionen oder auch durch die Einbeziehung der Rechtsaußenpartei in die Regierungsverantwortung geschieht. In jedem Fall erforderlich ist es, die braune Weste der AfD weißzuwaschen. Darin hat Seehofers Mann fürs Grobe Maaßen in der Tat reichlich Erfahrung."

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag (aus UZ, Zeitung der DKP, vom 28.9.2018)



genehmigung in Deutschland aufgrund des unfreiwilligen Auslandsaufenthaltes erloschen sah. 2015 ließ Maaßen Journalisten als „Landesverräter“ verfolgen, weil diese aus Verfassungsschutzpapieren zitiert hatten. Der von BILD als erfolgreicher Terroristenjäger gefeierte Geheimdienstchef täuschte den Bundestag mit der Falschbehauptung, der Verfassungsschutz habe keine V-Leute im Umfeld des Breitscheidplatzattentäters Anis



3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Redaktionsschluss für November-Echo: Mi., 24. Okt.



Wir bitten um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:
Protest gegen Hartz IV



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

DKP-Termine
Die nächste Mitgliederversammlung der DKP ist am Dienstag, dem 23. Oktober, der nächste Info-Stand am Samstag, dem 27. Oktober (Kreuzplatz).

Deutlich mehr Tote durch rechte Gewalt

Seit 1990 sind mehr als doppelt so viele Menschen durch rechte Gewalt ums Leben gekommen als bislang bekannt. Mindestens 169 Menschen seien von Tätern mit extrem rechter Gesinnung getötet worden, berichteten Zeit online und Tagesspiegel. Bislang war die Bundesregierung von »nur« 83 Opfern ausgegangen. Diese Zahl hatte das Innenministerium im Juni auf eine Anfrage der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) mitgeteilt. Den Medienberichten zufolge gebe es zudem 61 weitere Fälle von Todesopfern, bei denen starke Indizien dafür existierten, dass es sich um »rechtsmotivierte Gewalttaten« handelt. - Der Berliner Tagesspiegel betreibt seit dem Jahr 2000 das Langzeitforschungsprojekt »Todesopfer rechter Gewalt«. Online ist jeder einzelne Fall auf einer interaktiven Karte vermerkt und der bisherige Kenntnisstand beschrieben. (dpa/jW)

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!
10 Wochen kostenlos testen
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

WETZLAR

Ja, damals, November 18

Lieder, Szenen, Gedichte und Prosa über die deutsche Revolution

mit Erich Schaffner, Schauspieler und Sänger, am Klavier: Georg Klemp

Der politische Künstler und Genosse Erich Schaffner verwandelt die zeitgenössischen Texte von Bert Brecht, Kurt Tucholsky und Karl Kraus in Waffen gegen Kriegshetze, Verrohung, Ausbeutung und Profitgier.

**am Freitag, d. 26. Oktober im Kulturzentrum FRANZIS;
Beginn: 19 Uhr; Eintritt: 10 Euro (ermäßigt: 5 Euro)
Veranstaltung der DKP-Lahn-Dill**

Verschiedene Gießener Fahrrad-Initiativen laden ein zu:

Fahrraddemo und Fahrradfest

am Samstag, 20.10. am Anlagenring von 12-17 Uhr

Motto: Verkehrswende? Jetzt!

Vorstellung eines attraktiven Verkehrskonzepts für Stadt u. Land

Weg mit den §§ 219a und 218

Solidarität mit Kristina Hänel am 12.10., 9 Uhr vor dem Landgericht, Ostanlage

Vormerken: 50 Jahre DKP

200 Jahre Karl Marx, 100 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD

Dienstag, 20. 11., ab 18 Uhr, Kongresshalle, Kerkrade-Zimmer

Rolf Becker

liest aus dem Kommunistischen Manifest chilenische Live-Musik mit "Musikandes"

Veranstaltung der DKP Kreise Gießen, Marburg und Lahn-Dill mit Unterstützung von DGB, Rote Hilfe, SDAJ, VVN